



Fachleute fordern Eindämmung der Teilzeitarbeit

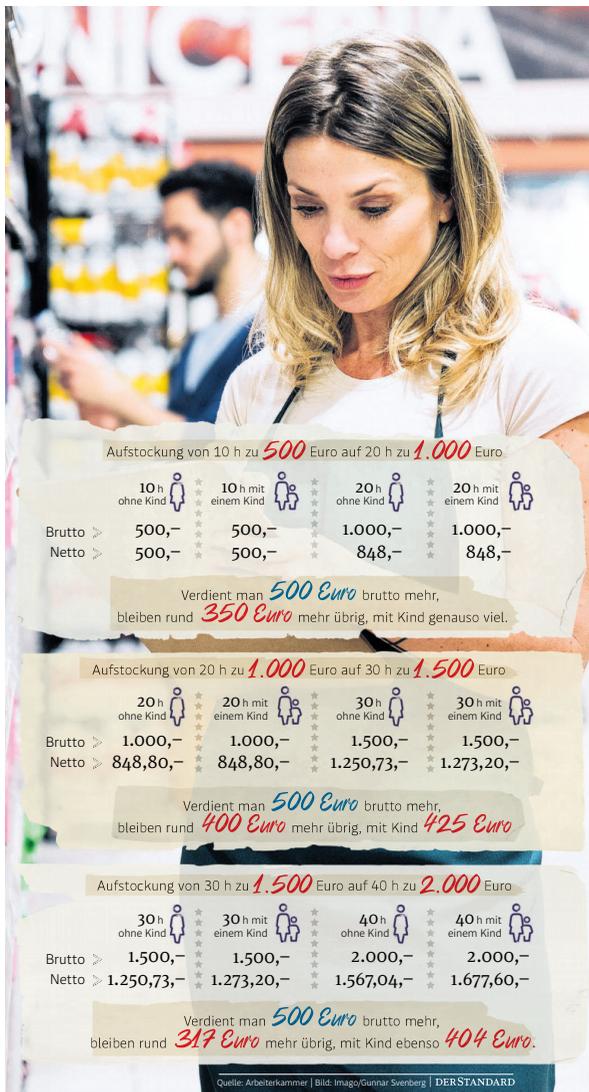
Stundenreduktion führe zu mehr
Altersarmut und belaste die Wirtschaft

Wien – Arbeitsminister Martin Kocher ist am Mittwoch bei seinem Vorschlag, Sozialleistungen für Teilzeitbeschäftigte zu kürzen, zurückgerudert. Mütter mit Betreuungspflichten seien tabu, sagte er am Rande des Ministerrates. Auch in seinem Ministerium wird dementiert, dass Kürzungen in der Regierung angedacht sind.

Der Grundgedanke Kochers, die Teilzeit zurückzudrängen, wird aber von vielen Expertinnen und Experten begrüßt. Durch die hohe Teilzeitquote „bleibt Arbeitskräftepotenzial ungenutzt, das angesichts des demografischen Wandels dringend benötigt wird. Außerdem ist Teilzeitarbeit eine wichtige Ursache für den

großen Gender-Pay-Gap, der sich in einem großen Gender-Pension-Gap fortsetzt“, sagt Wifo-Expertin Margit Schratzenstaller. Auch die Arbeitsmarktexpertin Andrea Weber warnt vor Altersarmut durch Teilzeit. Während Weber vor allem Unternehmen in der Pflicht sieht, bei Bedarf mehr zu zahlen, fordert Schratzenstaller, Regelungen im Steuerrecht zu überarbeiten, mit denen Teilzeitarbeit bevorzugt wird. Auch Manuela Vollmann von ABZ Austria, einer Organisation, die sich mit Arbeitsmarktfragen auseinandersetzt, sieht durch zu viel Teilzeit ein ökonomisches Problem. (red)

THEMA Seiten 2 und 3
Kommentar Seite 28



Zeit fürs Ende der Teilzeit?

In Österreich wird tatsächlich weniger gearbeitet als in den meisten anderen Industriestaaten. Im Steuerrecht gäbe es Möglichkeiten, etwas daran zu ändern und Teilzeit zurückzudrängen. Auch Unternehmen könnten etwas tun. Einfache Lösungen gibt es nicht.

András Szigetvari, Natascha Ikert

Die Debatte hat schnell Fahrt aufgenommen. Nachdem Wirtschaftsminister Martin Kocher (ÖVP) eine Kürzung von Sozialleistungen für Teilzeitarbeitende ins Spiel gebracht hat, wird über Sinn und Unsinn des Vorschlags gestritten.

Frage: Worum genau dreht sich der Streit?

Antwort: Der Wind am Arbeitsmarkt hat gedreht. Nach der Pandemie ist nicht nur die Arbeitslosigkeit überraschend schnell zurückgegangen. Auch die Zahl der Stellen, die nicht besetzt werden können, ist in die Höhe geschossen. Aktuell gibt es mehr als 107.000 beim AMS gemeldete offene Stellen. Bundesweit gelten 98 Berufe als Mangelberuf. Ein Grund: Derzeit gehen die Babyboomer in Pension, die Zahl der Menschen im arbeitsfähigen Alter soll laut Prognosen sinken. Kurzum: Es gibt viel Arbeit, und in einigen Branchen fehlen Menschen, um diese zu erledigen. Arbeits- und Wirtschaftsminister Martin Kocher hat in einem Interview mit dem *Kurier* daher vorgeschlagen, Sozialleistungen zu kürzen, um einen Anreiz zu schaffen, damit Menschen mehr arbeiten. „In Österreich wird bei Sozial- und Familienleistungen wenig unterschieden, ob jemand 20 oder 38 Stunden arbeitet. Wenn Menschen freiwillig weniger arbeitet, dann gibt es weniger Grund, Sozialleistungen zu zahlen“, sagte Kocher.

Frage: Will die Regierung also Sozialleistungen kürzen?

Antwort: Nein. Die Grünen sind dagegen, und auch das ÖVP-geführte Arbeitsministerium rudert bereits zurück. Tatsächlich sind die meisten Sozial- und Versicherungsleistungen in Österreich ohnehin daran gekoppelt, wie viel jemand arbeitet. Wer arbeitslos wird, bekommt ein Arbeitslosengeld, dessen Höhe sich nach dem Letztgehalt richtet. Wo Kürzungen theoretisch möglich wären: bei Familienleistungen, die pro Kind ausbezahlt werden.

Das will aber auch die ÖVP nicht. Im Arbeitsministerium heißt es auch schon, dass Kocher eine Debatte dazu führen will, ob das Steuer- und Abgabensystem in Österreich so gestaltet ist, dass es Mehrarbeit reizvoll macht.

Frage: Ist Teilzeit ein Problem in Österreich?

Antwort: Für viele Menschen ist Teilzeit eine Chance. Dadurch können sie Familie und Arbeit unter einen Hut bringen oder haben mehr Freizeit. Zugleich ist es für den Wohlstand notwendig, dass die nachgefragte Arbeit erledigt wird. Autos müssen zusammengeschaubt, Kinder unterrichtet und Computer programmiert werden. In Österreich wird im internationalen Vergleich sehr viel Teilzeit gearbeitet, vor allem bei Frauen. Diese Variante beliebt: 49,6 Prozent der Frauen arbeiten Teilzeit und 11,6 Prozent der Männer. Österreich hat den dritthöchsten Anteil an Teilzeitbeschäftigten in der EU, noch höher ist der Wert nur in den Niederlanden und der Schweiz. Das führt dazu, dass in Österreich die Zahl der gearbeiteten Stunden im europäischen Vergleich niedrig ist. In Österreich arbeitet ein Beschäftigter laut Industrie-staatenorganisation OECD im Schnitt 1442 Stunden. In der EU sind es 1566 Stunden.

Frage: Was könnte getan werden, um mehr Menschen in einen Vollzeitjob zu bringen?

Antwort: Die Entlohnung von Arbeit regeln Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit ihren Arbeitgebern und die Tarifpartner. Arbeitgeber steht es frei, Vollzeit höher zu entlohnen und finanzielle Anreize zu bieten, damit Menschen mehr arbeiten. Unternehmen können auch Jobs schaffen, die besser mit Betreuungspflichten vereinbar sind.

Frage: Kann der Staat auch etwas tun?

Antwort: Die OECD analysiert regelmäßig, wie hoch zusätzliche Arbeitsstunden in einem Land besteuert werden. Sprich: Wie viel vom Einkommen, das zusätzliche Arbeitszeit einbringt, muss an den Staat via Steuern oder So-

Mehr Engagement der Männer, mehr Cash: Was Expertinnen zur Teilzeit sagen

Margit Schratzenstaller Staatliche Anreize helfen, Teilzeit zurückzudrängen

Die hohe Teilzeitquote der Frauen, oft mit relativ geringen Wochenstunden, birgt mehrere Probleme. So bleibt Arbeitskräftepotenzial ungenutzt, das angesichts des demografischen Wandels dringend benötigt wird. Außerdem ist Teilzeitarbeit eine wichtige Ursache für den hohen Gender-Pay-Gap, der sich in einem hohen Gender-Pension-Gap fortsetzt. Um die Erhöhung der Arbeitszeit zu ermöglichen, müssen viele Hebel bewegt werden. So ist der Ausbau vorschulischer Kinderbetreuung und schulischer Nachmittagsbetreuung zu forcieren. Auch ist die Väterbeteiligung zu fördern. Abzubauen sind zudem Regelungen im Abgabensystem, die eine ungleiche Verteilung der Erwerbsarbeit unterstützen und einer Ausweitung der Arbeitszeit entgegenstehen. Aber auch die Betriebe sind in der Pflicht: Eine vereinbarkeitsfreundlichere Gestaltung der Arbeitsbedingungen und eine größere Akzeptanz für Väter, die sich stärker bei der Kinderbetreuung engagieren, sind nötig. Margit Schratzenstaller ist Ökonomin beim Wifo.



Foto: Imago

Andrea Weber Wenn Betriebe besser zahlen, wird mehr gearbeitet

Der hohe Anteil an Teilzeitbeschäftigten in Österreich ist ein historisch gewachsenes Phänomen. Die Frauenerwerbsbeteiligung im Land war traditionell lange niedrig, Teilzeit war eine Möglichkeit für viele Frauen, einen Beruf anzunehmen. Wenn Frauen ihre Arbeitszeit wegen Betreuungsverpflichtungen reduzieren, ist es verständlich, aber sie sollten aufstocken, wenn Kinder größer werden. Viel steuern lässt sich dabei natürlich über Löhne: Wenn Betriebe bereit sind, höhere Löhne zu zahlen, werden Menschen bereit sein, mehr zu arbeiten. Wenn es zu wenige Arbeitskräfte gibt, verstehe ich nicht, warum die Reaktion darauf staatlich gesteuert werden muss, wenn Betriebe sehr viel in der Hand hätten zu gestalten. Flexible Arbeitszeiten können längeres Arbeiten ebenso reizvoll machen. Der Staat selbst kann mehr Information bieten für die Menschen, etwa über die Nachteile langer Teilzeit in der Pension. Andrea Weber forscht und lehrt an der von Budapest nach Wien übersiedelten Central European University.



Foto: CEU

Gerlinde Titelbach Fachkräftemangel lösen wir nicht nur durch Vollzeitarbeit

Für mich stellt sich die Frage, welche Probleme wir mit der Teilzeitdebatte ansprechen. Geht es um Fachkräftengaps, die in einigen Berufen zu beobachten sind, um die demografischen Entwicklung, sprich die vermehrten Pensionseintritte in den kommenden Jahren, oder geht es ganz darum, wie das Sozialsystem künftig finanziert wird? Wenn wir dem künftigen Fachkräftemangel begegnen möchten, müssten zunächst die Ursachen identifiziert werden, die in einzelnen Berufen, aber auch Regionen oder einzelnen Betrieben sehr unterschiedlich ausfallen können, und spezifische Lösungen gefunden werden. Man könnte beispielsweise die Ausbildung attraktiver machen, die Arbeitsbedingungen verbessern oder die Löhne erhöhen. Um die Arbeitsstunden erhöhen zu können, müssen auch die Rahmenbedingungen passen, wie das Betreuungsangebot für Kinder oder für zu pflegende Angehörige. Gerlinde Titelbach forscht am IHS zu Arbeitsmarkt und Sozialpolitik. Foto: IHS



Foto: IHS

Manuela Vollmann Auch Unternehmen stehen in der Pflicht zu handeln

Die Arbeitsstunden zu erhöhen ist aus ökonomischer Sicht begrüßenswert. Es sollten aber auch Unternehmen in der Pflicht stehen, eine erhöhte Arbeitszeit für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erstrebenswerter zu gestalten. Innovative Arbeitszeitmodelle sind dabei essenziell. Auch klare Regeln für remote Arbeit oder auch großzügige Gleitzeitmodelle gehören hier dazu. Frauen sollten besonders unterstützt werden, denn sie leisten hierzulande noch immer mehr unbezahlte Care-Arbeit. Um den Wiedereinstieg nach der Karenz zu erleichtern, schlossen sich beispielsweise in Vorarlberg mehrere Betriebe zusammen und organisierten eine Betreuung für die Kinder der Mitarbeitenden während der Arbeitszeit. All diese Maßnahmen helfen auch dabei, das Unternehmen für potenzielle Bewerbende attraktiver zu machen, was gerade in Zeiten des Fachkräftemangels sehr wichtig geworden ist. Manuela Vollmann ist Geschäftsführerin der Social-Profit-Organisation ABZ-Austria.



Foto: Anna Rauchberger

zialabgaben abgeführt werden? Österreich ist hier kein Ausreißer: Wenn ein Single ohne Kinder, der in etwa zwei Drittel des Mediangehalts bekommt, seine Arbeitszeit von Teilzeit auf Vollzeit aufstockt, nimmt der Staat in Österreich von diesem Zusatzverdienst 44 Prozent weg. Von 100 Euro mehr bleiben also 56 beim Betroffenen. Dieser Wert entspricht dem Durchschnitt der übrigen Staaten. Allerdings gibt es auch Länder, in denen zusätzliche Arbeit deutlich weniger besteuert wird, etwa Spanien.

Frage: Welche Steuern und Abgaben könnten geändert werden?

Antwort: Die Expertin des Forschungsinstituts Wifo, Margit Schratzenstaller, nennt einige Beispiele. So ist der Einkommenssteuersatz in Österreich recht hoch: Wer zwischen 11.000 und 18.000 Euro pro Jahr verdient, muss Einkommenssteuer in der Höhe von 20 Prozent zahlen. Wer unter 11.000 Euro bekommt, zahlt nichts. Sprich: Arbeitszeit aufzustocken ist an dieser Grenze nur bedingt interessant. Ein anderer Punkt betrifft die Geringfügigkeitsgrenze: Wer aktuell unter 500,91 Euro monatlich bekommt, muss weder Steuern noch Sozialversicherung zahlen. Bei auch nur einem Euro mehr greift zumindest Letztere voll. Im Schnitt werden dann von jedem Euro mehr Bruttolohn 18 Cent für die Sozialversicherung abgezogen. Auch das ist ein finanzieller Anreiz, nicht mehr zu arbeiten. Schließlich: Arbeitslosenversicherung zahlt man bis 1885 Euro Bruttomonatsverdienst gar nicht, ab

2228 Euro aber voll. Auch das ist ein Anreiz, weniger zu arbeiten.

Frage: Haben auch Unternehmer Anreize, Beschäftigte in Teilzeit arbeiten zu lassen?

Antwort: Ja. Für Teilzeitbeschäftigte ist der gesetzlich vorgesehene Überstundenzuschlag mit 25 Prozent nur halb so hoch wie für Vollzeitbedienstete, zumindest bis zur vierzigsten Arbeitsstunde. Der Grund dafür ist, dass mit den Zuschlägen die höhere Belastung abgegolten werden soll, und diese Belastung ist natürlich desto größer, je länger gearbeitet wird, wie Jurist Martin Risak ausführt. Das ändert nichts daran, dass es für Unternehmen günstiger ist, wenn Teilzeitkräfte Überstunden erledigen. Es gibt anekdotische Evidenz, dass dies im Handel eine Rolle spielt, warum nicht mehr Menschen aufgestockt werden.

Frage: Wie könnte der Staat Teilzeit weniger attraktiv machen, und was würde das für Beschäftigte bedeuten?

Antwort: Eine Idee lautet, den Einkommenssteuersatz, die erwähnten 20 Prozent, abzusenken. Damit bliebe Arbeitnehmern, die mehr arbeiten, mehr netto vom brutto. Das kostet aber viel Geld: Ein Prozentpunkt weniger Steuern bedeutet für den Staat einen Einnahmenschwund von rund 500 Millionen Euro. Eine andere Möglichkeit wäre die Ge-

1442

Stunden pro Jahr arbeitet ein Beschäftigter in Österreich – weniger als in der EU.

ringfügigkeit abzuschaffen. Dafür plädiert zum Beispiel die Ökonomin Andrea Weber von der Central European University in Wien. Wer weniger als 500 Euro verdient, würde damit Versicherung voll bezahlen. Die Geringfügigkeitsgrenze

zu überspringen wäre dann finanziell weniger schmerzhaft.

Frage: Geht es in der Debatte nur um Steuern und Abgaben?

Antwort: Nein. Da die Teilzeitquote in Österreich so hoch ist, aber die Belastung zusätzlicher Arbeitsstunden im Schnitt anderer Länder liegt, sagen Expertinnen und Experten, dass dies bestenfalls ein Hebel ist. Ein anderer Punkt betrifft die Verfügbarkeit von Kinderbetreuungsplätzen. 40 Prozent der Frauen, die Teilzeit arbeiten, geben an, dies wegen Betreuungspflichten für Kinder oder pflegebedürftige Erwachsene zu tun. Mehr Betreuungsplätze mit längeren Öffnungszeiten würde mehr Wahlmöglichkeiten für Frauen schaffen, so das Argument. Allerdings zeigt sich, dass in der Vergangenheit in Österreich der Ausbau von Kindergartenplätzen allein die Erwerbsbeteiligung von Frauen nicht wesentlich erhöht hat (siehe Artikel unten). Laut Expertin Schratzenstaller vom Wifo gibt es auch andere Regelungen, die begünstigen, dass Frauen weniger oder gar nicht arbeiten. Dazu gehört

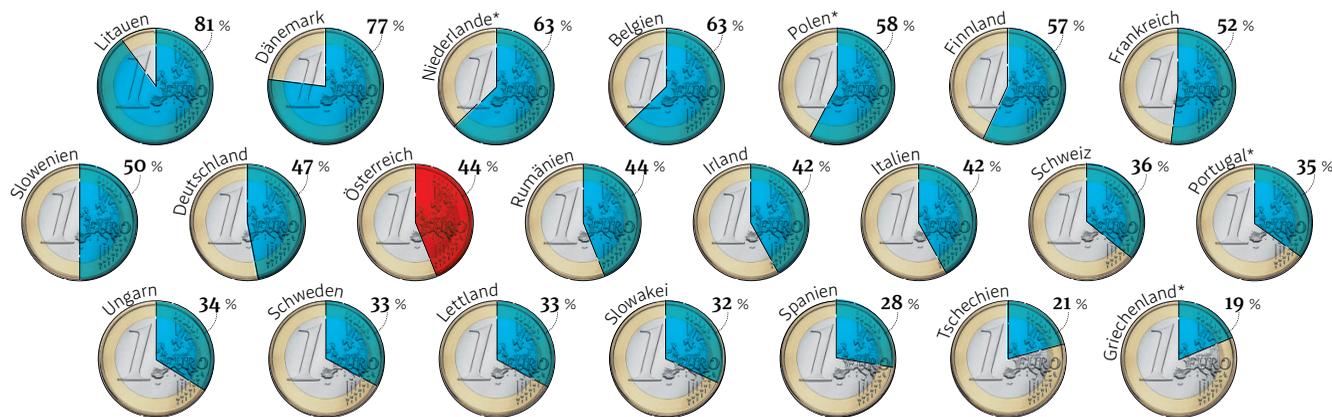
etwa die Möglichkeit, sich beitragsfrei beim Ehepartner oder Lebensgefährten mitversichern zu lassen. Allerdings: Die Möglichkeit, die Mitversicherung zu streichen, würde bedeuten, dass es in Österreich mehr Menschen geben könnte, die nicht versichert sind. Kurzum: Einfache Lösungen für das komplexe Problem gibt es nicht.

Frage: Wie sehen die anderen Parteien die Debatte?

Antwort: SPÖ und Neos haben die Diskussion über Sozialleistungen und Teilzeit am Mittwoch für einen Angriff auf die Regierung genutzt. Neos-Chefin Meisl-Reisinger lehnt Kürzungen der Sozialleistungen ab, verlangt aber mehr Anreize zur Vollzeitarbeit. Die Überlegen Kochers wertete sie als dreist angesichts einer ÖVP-Politik, die Frauen jahrelang von Vollzeitjobs ferngehalten habe. Sie plädierte für einen massiven Ausbau der Kinderbetreuung – sowohl flächendeckend als auch nachmittags. Zudem sollten steuerliche Vorteile für Teilzeitarbeit durchforstet und durch Anreize für Vollzeit ersetzt werden. Teilzeit zu bestrafen sei dagegen der völlig falsche Ansatz. SPÖ-Chefin Pamela Rendi-Wagner sprach von „absurden, verrückten Idee“ der ÖVP. Koche wolle Teilzeitarbeitenden Geld wegnehmen, das für stundeure, aber nicht wirksame Maßnahmen im Kampf gegen die Inflation verpulvert worden sei. Die Grünen haben bereits am Dienstag klargestellt, dass sie eine Schlechterstellung von Teilzeitbeschäftigten ablehnen.

So viel bleibt von einem zusätzlichen Euro übrig

Bei Wechsel von Halbzeit- auf Vollzeitbeschäftigung | Abzüge von Steuer und Versicherung in Prozent | Länderauswahl



Quelle: OECD | Daten aus dem Jahr 2022 | * 2021 | DERSTANDARD